

Stärkung der Demokratiebildung

Mit der Initiative „Demokratisch gestalten“ lädt das Niedersächsische Kultusministerium Schulen dazu ein, Kinder und Jugendliche in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken sowie Teilhabe und Partizipation auszubauen. Die Initiative beteiligt Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern und schafft Angebote, um gute Praxis in bereits bestehenden Strukturen zu stärken, neue Wege zu ermöglichen und inspirierende Ideen für eine demokratische und nachhaltige Schule zu entwickeln. Die Initiative besteht aus einem Vier-Säulen-Konzept.

Vier-Säulen-Konzept

Säule 1: Aufbau und Etablierung regionaler Schulnetzwerke für Demokratie, BNE und Menschenrechte (2019-2022)

Für den Aufbau und die Etablierung regionaler Schulnetzwerke wird Anfang September 2019 eine landesweite Auftakttagung im Convention Center in Hannover stattfinden. An dieser Tagung werden ca. 450 Personen (darunter ca. 60 aktive Jugendliche, Schulleitungen, außerschulische Lernorte BNE) teilnehmen.

Säule 2: Aufbau eines Kinderrechte-Schulnetzwerks im Primarbereich (2019-2022)

Als ein Teilprojekt der Stärkung von Demokratiebildung und dem Aufbau von Demokratiekompetenzen in Schulen wird ein Kinderrechte-Schulnetzwerk im Primarbereich aufgebaut. Hierzu erarbeitet derzeit eine Steuergruppe, in der unterschiedliche Akteurinnen und Akteure vertreten sind (Schulleitungen, Schulsozialarbeit, NLSchB, außerschulische Kooperationspartner), ein Konzept. Ziel ist es, ab dem kommenden Schuljahr sukzessive ein Netzwerk von bis zu 200 Schulen aufzubauen. Die Schulen sollen im Rahmen ihrer Schulentwicklungsarbeit auf allen Ebenen (Unterricht, Personal, Organisation) verstärkt Kinderrechte und Partizipation von Schülerinnen und Schülern in den Blick nehmen. Hierzu werden ab 2020 vier regionale Konferenzen durchgeführt, an denen jeweils rund 50 interessierte Schulen teilnehmen können.



Säule 3: Aufbau eines friedenspädagogischen Netzwerks (2019-2022)

Ziel dieses Vorhabens ist es, Schulen die Möglichkeit zu eröffnen, Expertinnen und Experten aus der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Friedens- und Entwicklungshilfearbeit als Referentinnen und Referenten z. B. im Rahmen von Vorträgen, Workshops oder Planspielen einzuladen. Gemeinsam mit entsprechenden Akteurinnen und Akteuren aus Kirchen, Friedensinitiativen, Bildungsträgern, der Bundesstiftung Friedensforschung, der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und unter Einbeziehung des NLQ wird derzeit im Rahmen einer Steuergruppe daran gearbeitet, entsprechende Strukturen zu schaffen. Eine Koordinierungsstelle, an welche sich interessierte Schulen wenden können, soll hierzu eingerichtet werden. Parallel werden bereits seit Anfang des Jahres Expertinnen und Experten in Kooperation mit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Evangelischen Erwachsenenbildung in einer Qualifizierungsmaßnahme auf einen künftigen Einsatz in Schulen pädagogisch und didaktisch vorbereitet. Anfang Dezember 2019 wird zudem eine Fachtagung zur Friedensbildung in Kooperation mit dem NLQ durchgeführt, auf der die Expertinnen und Experten mit Schulpraktikerinnen und -praktikern gemeinsam Formate entwickeln, mit denen die Stärkung der Friedensbildung an niedersächsischen Schulen umgesetzt werden kann.

Säule 4: Normative und systemische Verankerung

Es ist geplant, die Curricula wesentlicher Bezugsfächer (Politik, Politik/Wirtschaft, Gesellschaftslehre, Geschichte, Werte und Normen, Sachunterricht) durch einen externen Partner anhand von Schlüsselfragen analysieren zu lassen. Dabei soll ermittelt werden, inwiefern sich die etwa im Bildungsauftrag der Curricula formulierten Zielsetzungen mit Bezug auf Demokratie- und Nachhaltigkeitskompetenzen von Schülerinnen und Schülern durch die dort formulierten Themen und Kompetenzen Ausdruck finden. Auch Lehrpläne sollen dahin gehend untersucht werden, inwiefern sie im Fachunterricht und darüber hinaus Mitwirkung von Partizipation von Schülerinnen und Schülern einfordern und fördern. Darüber hinaus wird derzeit ein Erlass zur Demokratiebildung vorbereitet, der das Ziel verfolgt, Schulen noch stärker in ihrer demokratischen Öffnung und Entwicklung zu unterstützen und mit dem Aspekte wie Teilhabe, Engagement und Selbstwirksamkeit von Schülerinnen und Schülern im Unterricht und der Schulentwicklungsarbeit fokussiert werden sollen. Der Erlass soll voraussichtlich Mitte 2020 in Kraft treten. Darüber wird ab Herbst 2019 eine digitale Plattform zur Unterstützung der Schulen mit Methodentools, Unterrichtsideen und -materialien sowie Ansprechpartnerinnen und -partnern eingerichtet.

